

Informationsblatt zum Datenschutz zur Ausschreibung „Gemeinde, Städte und Landkreise 4.0 – Future Communities 2019“

1. Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie der behördlichen Datenschutzbeauftragten

Verantwortlicher: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Baden-Württemberg
Willy-Brandt-Straße 41
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 231-4
Telefax: 0711 279-4409
poststelle@im.bwl.de

Datenschutzbeauftragte: datenschutzbeauftragte@im.bwl.de

2. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

a) Durchführung des Zuwendungsverfahrens

Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg (Zuwendungsgeber) verarbeitet im Rahmen des Zuwendungsverfahrens die von der antragstellenden Kommune übermittelten personenbezogenen Daten. Dies sind insbesondere:

- Angaben zur antragstellenden Kommune samt Kontaktdaten
- Inhaltliche und technische Beschreibung des Vorhabens samt Standort/Erfüllungsort, Laufzeit sowie Bewilligungszeitraum,
- zuwendungsempfangende, kooperierende und ausführende Stellen,
- die Ansprechperson für das Vorhaben und
- die Höhe der Zuwendung sowie der Kosten- und Finanzierungsplan der zuwendungsempfangenden Stelle.

Die Verarbeitung der Daten dient dazu, den Zuwendungsgeber in die Lage zu versetzen, den Förderantrag im Rahmen des Verwaltungsverfahrens zu bearbeiten und ggf. eine Zuwendung zu bewilligen, auszuzahlen oder zurückzufordern. Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung ist Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e) der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 4 des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG).

b) Information über weitere Aktivitäten im Bereich der Digitalisierung

Der Zuwendungsgeber verarbeitet die Kontaktdaten zum Versand von Informationsmaterial aufgrund von Einwilligung der betroffenen Person (Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe a DSGVO).

c) Ermöglichung weiterer kommunaler Digitalisierungsprojekte

Der Zuwendungsgeber verarbeitet die oben bei Buchstabe b) angegebenen Daten aufgrund Einwilligung der betroffenen Person (Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe a DSGVO).

3. Empfänger der Daten

a) Durchführung des Zuwendungsverfahrens

Der Zuwendungsgeber kann die unter Nr. 2 genannten Daten an Mitglieder des Landtags Baden-Württemberg, an Personen aus der Bewertungsjury oder Sachverständige, an andere fördernde öffentliche Stellen und für statistische Zwecke und zur Evaluierung an die damit beauftragten Einrichtungen weitergeben.

Auch bei einer etwa erforderlichen Prüfung der dem Antrag zugrunde liegenden Angaben durch Dritte (z. B. Landesrechnungshof) anhand der Antragsdaten können die Daten weitergegeben werden.

Weiterhin werden zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs die Daten an die Landesoberkasse weitergegeben.

b) Information über weitere Aktivitäten im Bereich der Digitalisierung

Der Zuwendungsgeber verwendet die Daten zur Kontaktaufnahme mit der betroffenen Person.

c) Ermöglichung weiterer Digitalisierungsprojekte

Der Zuwendungsgeber übermittelt die Daten je nach Angabe in der Einwilligung der betroffenen Person an die kommunalen Landesverbände sowie Kommunen und/oder einen unbestimmten Personenkreis.

4. Dauer der Verarbeitung der personenbezogenen Daten

Die Daten werden für die Dauer von 10 Jahren aufbewahrt. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Bearbeitung abgeschlossen worden ist.

5. Rechte der betroffenen Person

Als betroffene Person haben Sie das Recht,

- Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber dem Zuwendungsgeber zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird (**Recht auf Widerruf der Einwilligung** nach Artikel 7 Absatz 3 DSGVO),
- Auskunft über Ihre durch den Zuwendungsgeber verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen (**Recht auf Auskunft** nach Artikel 15 DSGVO),
- die Berichtigung oder Vervollständigung Ihrer beim Zuwendungsgeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen (**Recht auf Berichtigung** nach Artikel 16 DSGVO),
- die Löschung Ihrer beim Zuwendungsgeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses, für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist (**Recht auf Löschung** nach Artikel 17 DSGVO),
- die **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen (Artikel 18 DSGVO),
- Ihre personenbezogenen Daten, die sie dem Zuwendungsgeber bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit** nach Artikel 20 DSGVO),
- jederzeit aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e DSGVO i. V. m. § 4 LDSG erfolgt, Widerspruch einzulegen (**Recht auf Widerspruch** Artikel 21 DSGVO), und
- sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren (**Beschwerderecht** nach Artikel 77 DSGVO). Zuständige Aufsichtsbehörde ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (LfDI), Königstraße 10a, 70173 Stuttgart, poststelle@lfdi.bwl.de, Telefon: 0711 615541-0, Telefax: 0711 615541-15.